

## **Fiskalpakt durch Schuldentilgungspakt und Wachstumsinitiative ablösen**

Bei der Zustimmung zum Fiskalpakt zeichnet sich im Deutschen Bundestag die verfassungsrechtlich erforderliche Mehrheit ab. SPD und DIE GRÜNEN haben ursprünglich ihr Ja an drei Bedingungen geknüpft: eine Wachstums- und Beschäftigungsinitiative vor allem für die Euro-Krisenländer, ein entschiedener Einstieg in die Finanztransaktionsteuer sowie einen zu schaffenden Fonds zur Tilgung übermäßiger Staatsschulden. Alle drei Forderungen sind für sich genommen richtig und verdienen Unterstützung. Die entscheidende Frage ist jedoch, in welchem Verhältnis diese drei Forderungen zu den mit dem Fiskalpakt eingehandelten gesamtwirtschaftlichen Folgen stehen. So gibt es zwischen dem Fiskalpakt und der Finanztransaktionsteuer keinen unmittelbaren ökonomischen Zusammenhang. Diese Steuer auf den Handel mit Finanzmarktprodukten rechtfertigt sich aus der Notwendigkeit, „Sand in das Getriebe“ (James Tobin) dieser Geschäfte zu streuen und Einnahmen zu generieren. Die andere Forderung nach einem Fonds zur Tilgung der exzessiven Staatsschulden ist auf der Strecke der Kompromissverhandlungen verloren gegangen. Hingegen zeichnet sich bei der Forderung nach einer Wachstumsinitiative in der EU ein allerdings flauer Kompromiss ab.

### Fiskalpakt: gesamtwirtschaftliche Zwangsjacke

Die zurecht geforderte Wachstums- und Beschäftigungsinitiative vor allem für die Euro-Krisenländer, mit der auch die Wirtschaftsstrukturen modernisiert werden sollen, steht jedoch im unerbittlichen Widerspruch zum geplanten Fiskalpakt, der nicht mit einer Fiskalunion verwechselt werden darf. Denn diese EU-Schuldenbremse wirkt wie ein vergemeinschaftetes Schrumpfpfrogramm für die gesamte EU-Wirtschaft, vor allem in den Krisenländern.

Die strukturelle Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte soll auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert werden. Sollte der Fiskalpakt in Kraft getreten sein, gibt es für die Länder nicht mehr die jetzt verfassungsrechtlich vorgesehene Anpassungsphase bei der Reduktion der Neuverschuldung auf Null bis 2019. Der darüber hinaus vorgeschriebene Abbau des Staatsschuldenstandes um jährlich ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote eines Landes und der maximalen Begrenzung des Gesamtschuldenstands bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt von 60 Prozent erzeugt einen massiven Druck. Erzwungen wird eine harte Einsparpolitik in den öffentlichen Haushalten sowie auch die Anhebung von Steuern – etwa auf die Masseneinkommen. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird belastet

und der Abbau wichtiger Ausgaben für den Sozialstaat droht. Öffentliche Investitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur mit einer gesamtwirtschaftlich hohen Rendite für zukünftige Generationen geraten unter Druck. Inwieweit gegenüber dem strukturellen Defizit in konjunkturellen Krisen die Staatsverschuldung antizyklisch genutzt werden kann, ist derzeit völlig offen. Es gibt über 70 sehr unterschiedliche Verfahren zur Unterscheidung zwischen dem strukturellen und konjunkturellen Defizit. Der Fiskalpakt basiert auf einem fundamentalen gesamtwirtschaftlichen Denkfehler. Bei der Bekämpfung der Staatsverschuldung wird ausschließlich vom exzessiven, verschwenderischen Ausgabenverhalten ausgegangen. Staatsschulden entstehen jedoch gerade in Krisenzeiten durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Infolge sinkender Produktion schrumpfen die Steuereinnahmen und die Neuverschuldung steigt. Wird jedoch dieses wachsende Defizit durch Ausgabenkürzungen bekämpft, dann sinken mit dem Bruttoinlandsprodukt die Staatseinnahmen und die Staatsschulden steigen am Ende. Diese kontraproduktive Politik kann kein Vertrauen auf den Finanzmärkten schaffen. Gegenüber dieser Schrumpfstrategie muss bei der öffentlichen Haushaltsanierung das Ziel zukunftsfähiges Wirtschaftswachstum die Führungsrolle übernehmen. Dies ist auch die Lehre aus den Fehlern der für Griechenland verordneten Austeritätspolitik als Gegenleistung für die Finanzhilfen. An die Stelle einer „Haushaltsnotlagenpolitik“ á la Brüning, dem Reichskanzler zum Ende der Weimarer Republik, muss ein Herkulesplan aufgelegt werden: Stärkung der Binnenwirtschaft, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Aufbau einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, aber auch innere Reformen in den jeweiligen Krisenländern.

Wird der Fiskalpakt realisiert, dann wird der inneren Logik folgend die Notwendigkeit einer gegensteuernden Konjunktur- und Wachstumspolitik auch mit steigenden Schulden systematisch erzeugt.

#### Alternative: Schuldentilgungspakt

Was ist die Alternative? Realisiert werden muss ein mittelfristiger Defizitabbau ohne schuldentreibende Schrumpfung der Gesamtwirtschaft. Hinzu kommen müssen künftig neue Regeln ökonomisch angemessener Neuverschuldungsdisziplin. Dazu dient in einem ersten Schritt ein europaweiter Schuldentilgungspakt: Die Schulden eines EU-Landes, die über den Anteil von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinausgehen, werden in einen gemeinschaftlich verantworteten Entschuldungsfonds übertragen. Die Idee stammt vom „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“. Zu seiner Refinanzierung bietet der Fonds Eurobonds, die von der EU verantwortet werden, den Kapitalmärkten an. Um deren Bonität zu sichern, müssten die Länder bis zu 20 Prozent ihrer Schulden durch Gold- und Devisenreserven garantieren. Die hier gebündelten Schulden werden über einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren durch die betroffenen Länder abfinanziert. Derzeit läge das geschätzte Volumen in den nächsten fünf Jahren bei 2,3 Billionen Euro in der EU. Die betroffe-

nen Länder werden verpflichtet, ihre Tilgungsleistungen durch eine spezifische Abgabe zu finanzieren. Für Deutschland wird eine zeitlich befristete Abgabe auf hohe Vermögen vorgeschlagen.

#### Wachstumsorientierte Verschuldungsregel

Über den Schuldenabbau hinaus sollte künftig eine entwicklungsadäquate Haushaltspolitik realisiert und damit ein exzessiver Schuldenaufbau verhindert werden. Die Begrenzung darf jedoch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht belasten. Um die Wachstumspotenziale zu nutzen, steigen künftig die staatlichen Ausgaben mit der Rate des Produktionspotenzials, die die erforderlichen Steuereinnahmen sichert.

Diese Vergemeinschaftung des gezielten Schuldenabbaus plus eines am Produktionspotenzial ausgerichteten Ausgabenwachstums ist der Vergemeinschaftung der Schuldenbremse durch den Fiskalpakt überlegen. Dieses EU-weite Regelsystem würde auch den demokratischen Anforderungen in den Mitgliedsländern Rechnung tragen.

---

Juni 2012